

LEIT(D)ARTIKEL

# „Das Schlaraffenland“

Denkt das Undenkbare, denn nichts ist unmöglich im (Frei-)Staate Däne... äh Sachsen natürlich

Was soll denn noch alles kommen? Wie sehr will man uns noch verärgern? Woran liegt es denn, dass Sachsens Regierungsparteien am wirklichen Leben nicht teilhaben wollen (oder können)?

Denken die Damen und Herren der CDU und FDP etwa daran, in einem „Schlaraffenland Sachsen“ zu leben, besetzt von dem Gedanken, mit dicken Bäuchen nur Gutes zu tun? Denken sie wirklich, dass in den Flussbetten dieses Landes für immer Milch, Honig oder Wein statt Wasser fließen werden? Werden in ihren Träumen auch zukünftig die Tiere bereits vorgegart und mundfertig durch die Luft hüpfen und fliegen? Denken sie wirklich, dass in Sachsen die Häuser aus Kuchen bestehen und dass statt Steinen Käse herumliegt?

Ich habe das Gefühl, dass ihre größte Tugend das Genießen ist. Geld wird in Unmengen gehortet und als Abgott auf der hohen Kante verehrt. Harte Arbeit und Fleiß werden dagegen als Sünde betrachtet, die mit einem Bann bzw. Fluch belegt werden müssen.<sup>1</sup>

Viele dieser Redewendungen sind nicht unbedingt unserem heutigen Sprachgebrauch entnommen, sondern entspringen märchenhaften Vorstellungen. Doch wenn man diese Zeilen ins Heutige übersetzt und die „Moral der Geschichte“ begreift, dann entwickelt sich aus diesem friedlichen Märchen eine böse Vorahnung.

Noch wird bei jeder sich bietenden Gelegenheit angepriesen, dass wir das viert sicherste Land der Republik seien. Das sind für Flath und Unland, für Zastrow und Co. Milch und Honig, mundfertige Gerichte ... mmmmh. Das ist ein Wahnsinnsgefühl, worauf man sich noch einmal dösend auf den Rücken legen und genießen kann.

Steine werden nur für diejenigen sichtbar, denen man sie auch in den Weg rollt. Denjenigen, die aufgrund ihrer täglichen Arbeit und ihres täglichen Fleißes immer wieder mit neuen Flüchen belegt werden.

Angefangen hat diese ganze Ächtung der begangenen Sünden mit der Streichung des Weihnachtsgeldes für alle Beamtinnen und Beamten. 23 Millionen

Euro mal schnell auf die hohe Kante gelegt und noch einen Hähnchenschenkel nachgeschoben ... Das Leben kann so schön sein, wenn man nicht betroffen ist.



Das Schlaraffenland

O. Herrfurth pinx

Quelle: [www.goethezeitportal.de](http://www.goethezeitportal.de)

## Im Halbschlaf (der eigene Magen ist ja randvoll) die nächste Blitzidee:

Die Lebensarbeitszeit verlängern! So kann das Gefühl des Glücklichseins auch noch längere Zeit genossen werden. Hätte man doch gleich drauf kommen können. Wer soll denn sonst das ganze Getier vorgegaren und mundgerecht präsentieren, wenn (aus welchen hausgemachten Gründen auch immer) die Köche ausgehen? Aber doch nicht die hohen Herren! Darauf „happen“ wir einen!

**Absoluter Tiefschlaf! Ruhe! Aufgeschreckt!**

Urlaub! Wochenarbeitszeit! Da wäre doch noch ... Hustenanfall!

In diesem Moment war der Bissen (vorerst) wohl doch zu groß. Die besagten Herren verschluckten sich fast und bekamen es gerade noch so in die Reihe, das angebissene Vieh in einem hohen Bogen auszuspeien. Nicht allzu weit ... man will sich ja schließlich nicht über Gebühr belasten, wenn der einmal aufgekommene Appetit wiederkommt.

Denn derartiger Heißhunger scheint im Schlaraffenland Sachsen niemals zu versiegen. Er wird auch langfristig mit verschiedenen Projekten gestillt, die da so in den Köpfen herumwabern. Ob das Menü nun „Polizei.Sachsen.2020“ heißt oder einfach nur als Beilage „Dienstrechtsreform“ gereicht wird. Jedenfalls gehen all diese Speisen in die gleiche Geschmacksrichtung: Sparen, was das Zeug hält und immer auf Kosten derjenigen, die das Land am Laufen halten. Aber vom Sparzwang allein wird man auch nicht satt. Er frisst sich nur völlig geschmacksneutral in den Köpfen fest.

## Und so träumen sie weiter vom Sparrezept und dessen Zutaten:

Man nehme 75% des bereits heute schon abgespannten Personals und quetsche Überschüssiges in einer Presse (hilfsweise kann man auch einen Mörser nutzen) heraus. Es ist erstaunlich, was noch alles herausgepresst werden kann (z. B. in der Dienstrechtsreform).

Man sitzt bereits an der Presse und wird in den nächsten Monaten

\* die Ausgleichszulage in Höhe von 4091 Euro für die in den Ruhestand tretenden Beamtinnen und Beamten in der Polizei und

\* die Verwendungszulage nach § 46 des Bundesbesoldungsgesetzes für eine Übernahme eines höher bewerteten Dienstpostens als unnötigen Ballast entsorgen.

<sup>1</sup> angelehnt an Auszüge aus Wikipedia

Fortsetzung auf Seite 2

**ZITAT DES MONATS**

*„Das gesellschaftliche Recht ist ganz und gar kein sittliches Recht, sondern eine bloße Modifikation des tierischen.“*

Johann Heinrich Pestalozzi  
(1746 – 1827)

**REDAKTIONSSCHLUSS**

**Bitte beachten:**

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **März 2012**, war der **2. Februar 2012**, für die Ausgabe **April 2012** ist es der **8. März 2012** und für die Ausgabe **Mai 2012** ist es der **5. April 2012**.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, unaufgefordert eingesandte Artikel und Leserbriefe zu kürzen. Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Fortsetzung von Seite 1

Zum verbleibenden Rest werden 100% Aufgaben dazugegeben und fertig ist sie:

**Die Sicherheit der Zukunft à la Schlaraffenland Sachsen, zubereitet nach „Art des Hauses“.**

Angedachte Zutaten wie eine dreiprozentige Erhöhung der Anfangsgrundgehälter, einen Aktivzuschlag für freiwillig längeres Arbeiten oder eine Aufnahme des Weihnachtsgeldes in die monatliche Besoldung werden getrost weggelassen. Nur so erzeugt man schließlich den faden (Bei-)Geschmack. Es wird nur das zusammengequirlt, was ins Konzept passt. Auch wenn dieses Konzept alles andere als zukunftsfrüchtig für das Land ist.

**Schlaraffenland?**

Das gibt es nur im Märchen. Zudem ist das „Märchen vom Schlaraffenland“ der Gebrüder Grimm eine Lügengeschichte?

**Verschlafenland!**

Das gibt es in Sachsen! Es wird immer mehr zur Realität. Auch die Gebrüder der Koalition müssten begreifen, dass man sich mit diesen Überlegungen ins eigene Fleisch schneidet. Das ist die Folge, wenn man träumend auf dem Parlamentsstuhl sitzt und dazu noch das falsche Besteck in die Hand nimmt.

Ich weiß nicht so recht, ob ich Ihnen wünsche, aus diesem Traum zu erwachen. Denn wenn uns die Wirklichkeit in ein paar Jahren einholt, habe ich ehrlich gesagt Angst, dass es zu spät ist, die heute verschlafene Zeit wieder aufzuholen.

„Das Schlaraffenland“ ist ein Märchen und „wird deshalb heute meist übertragen verwendet, um auf ein Paradies des Nichtstuns und müßig essenden Herumliegens hinzuweisen“<sup>2</sup>.

Es soll nicht der letzte Hinweis sein, meine Damen und Herren aus der CDU und der FDP. Träume zerplatzen in den meisten Fällen als Utopie. Ihre Philoso-

<sup>2</sup> Wikipedia

**HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

**Geschäftsstelle:**  
Sachsenallee 16  
01723 Kesselsdorf  
Telefon: (03 52 04) 6 87 11  
Telefax: (03 52 04) 6 87 50  
Internet: [www.gdp-sachsen.de](http://www.gdp-sachsen.de)  
E-Mail: [gdp@gdp-sachsen.de](mailto:gdp@gdp-sachsen.de)

**Sozialwerk der Polizei**  
Telefon: (03 52 04) 6 87 14  
Telefax: (03 52 04) 6 87 18  
Internet: [www.psw-service.de](http://www.psw-service.de)  
E-Mail: [psw@psw-service.de](mailto:psw@psw-service.de)

**Redaktion:**  
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)  
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz  
Telefon: (dienstlich) (03 71) 3 87-20 51  
Fax: (dienstlich) (03 71) 3 87-20 55  
E-Mail: [Redaktion@gdp-sachsen.de](mailto:Redaktion@gdp-sachsen.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hildern  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801

*Der Landesvorstand  
der Gewerkschaft der  
Polizei Sachsen e.V.  
gratuliert allen  
Kolleginnen der  
Sächsischen Polizei  
anlässlich des  
Internationalen  
Frauentages und  
wünscht für die  
Zukunft viel Erfolg  
im Beruf und in  
der Familie.*



## LEIT(D)ARTIKEL

## KREISGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI LEIPZIG

phie, auf diesem Wege für mehr junge Leute in der Polizei, für mehr Attraktivität des Polizeiberufes, für mehr Sicherheit und damit Vertrauen in der Bevölkerung zu sorgen, ist mehr als utopisch. Es wird offensichtlich nicht einmal bis zur nächsten Wahl gedacht, geschweige an die Zeit danach.

Eines weiß ich genau: Dieser Philosophie haben sich die Beschäftigten in der Polizei niemals verschrieben.

Wir als Gewerkschafter in der Polizei Sachsens werden vorerst weiterhin trotz der Sanktionen für die Sünden Fleiß und Engagement unseren von Ihnen mit Undank bedachten Dienst nach bestem Wissen und Gewissen verrichten. Das sind wir zumindest den Bürgerinnen und Bürgern und uns selbst schuldig. Abends können wir mit Anstand in den Spiegel schauen, auch wenn unsere Mägen nicht so vollgeschlagen sind wie die Ihren.

**Ändern Sie auch Ihr Rezept!**

**Guten Appetit  
wünscht  
Hagen Husgen**

## GdP Sachsen sieht Reserven bei der Werbung und Einstellung für den Polizeiberuf

Offiziellen Verlautbarungen und Statistiken zufolge (liegen der Redaktion vor), gibt es keinen Anlass, das Thema Werbung und Einstellung in die sächsische Polizei anzusprechen. Bei detaillierter Abfrage der Zahlen ergibt sich doch ein anderes Bild.

Anhand der Einstellungen in den mPVD im Jahr 2011 soll dies verdeutlicht werden. Laut Statistik gab es 4156 Bewerber. Als Bewerber werden per Mail eingegangene Bewerbungsschreiben gezählt. Also auch die, die nicht die Zulassungsvoraussetzungen haben. Zugelassen wurden 2850 Bewerber, davon erschienen zum ersten Tag des Einstellungstestes nur 1699. Das heißt, von 4156 „Bewerbern“ traten nur rund 41 Prozent überhaupt an. Von den 1699 Teilnehmern schafften 1062 den „Computertest“, aber nur 592 den „Sporttest“. Das sind nur rund 14 Prozent der Bewerber bzw. 35 Prozent der „Teilnehmer“ am Auswahlverfahren.

Nach den Einzelgesprächen und der amtsärztlichen Untersuchung bleiben 318 Bewerber übrig. (7,6 Prozent der „Bewerber“ bzw. 18,7 Prozent der „Teilnehmer“).

Bei einer Einstellungszahl von 237 im Jahr 2011 bleibt also eine „Reserve“ von 81. Diese Reserve ist auch notwendig, da ca. 12 bis 13 Prozent der für die Ausbildung zugelassenen Bewerber eine Einstellung zum Einstellungstermin vorher absagen.

Leider sind es meist die leistungsstarken Bewerber.

### Fazit:

4156 „Bewerber“ täuschen dem Betrachter eine ausreichende Auswahlmöglichkeit vor. Wir brauchen mehr qualitativ gute Bewerber als bisher. Es kann nicht dem Selbstlauf überlassen werden, sondern es muss eine zielgerichtete Werbung unter Nutzung aller zur Verfügung stehenden Medien, Werbung in den Schulen und über die Arbeitsagenturen betrieben werden. Dies kann kein Einstellungsteam leisten und ist auch nicht dessen Aufgabe. Hier sind professionelle Einstellungsberater und Einstellungswerber gefragt, die vor Ort tätig sind.

Als zweiter Vorschlag sollte geprüft werden, ob man durch das zeitweilige Anheben der Lebensaltersgrenze (z. B. bis 32 Jahre) die interessierten Bewerber anspricht, die sich aufgrund des damaligen Numerus clausus nicht bewerben konnten – jetzt aber zu alt sind.

Der Artikel soll Anregung sein und nicht Kritik an einzelnen Personen oder Dienststellen. 920 weniger „Bewerber“ und 518 weniger „zugelassene Teilnehmer“ für 2012 sind aber ein Zeichen, um zu reagieren. Die falsche Reaktion wäre, die Einstellungskriterien nach unten zu regulieren. Keiner meiner Gesprächspartner könnte sich das vorstellen. **Erik Berger**

Hallo Gewerkschafter, ich bin's nochmal! Der Liberator – Kämpfer für Maximalindividualismus! Wieder einmal höre ich euer weinerliches Gewerkschaftsklagen: man würde die Staatsdiener veräppeln. Es reicht mir wirklich! Als strengster Verfechter des schwachen Staates ... Oh, Entschuldigung! Nochmal von vorn! Als strengster Verfechter der Eigenverantwortlichkeit jedes Einzelnen muss ich mich zu Wort melden.

Wie naiv seid ihr denn eigentlich?

Ihr jammert, dass das Stellenabbaubegleitgesetz eine Mogelpackung wäre? Ja, natürlich steht im ursprünglichen sächsischen Besoldungsgesetz, dass Polizisten, die ja bekanntlich eher in Ruhestand gehen als normale Beamte, gut 4000 Euro Ausgleichszahlung

bekommen. Natürlich hat jeder gedacht, dass diejenigen, die jetzt nach Stellenabbaubegleitgesetz einen Antrag stellen, noch eher gehen zu können, auch diese Ausgleichszahlung bekommen. Aber natürlich hat doch auch keiner von euch ernsthaft geglaubt, dass wir das einhalten, oder? Wir sagen jetzt einfach: diejenigen, die einen Antrag stellen, wollen ja gehen. Und wer selbst gehen will, kriegt eben keinen Ausgleich. Ende Allende!

Wir Freunde des unwirksamen Staates haben lange und hart an einem Betriebsklima in der öffentlichen Verwaltung Sachsens gearbeitet, dass es den Staatsdienern verleidet, Lust an der Arbeit zu haben und nun ernten wir die Früchte. Ihr werdet sehen: auch ohne Ausgleichszahlung kann es eine ganze Menge von Beamten nicht erwarten, dieses Tollhaus des

sächsischen Staatsdienstes zu verlassen. Wir machen mal eine Abstimmung. Alle mal die Hand heben, die gerne freiwillig und ohne einen Vorteil länger als sie eigentlich müssen, in der sächsischen Verwaltung weiter arbeiten wollen! Na? Seht ihr! Ziel erreicht!

Zugegeben: Wir mussten erstmal scheinheilig und still sein. Schließlich war das Ganze zu schäbig, um es für das Parlament auch noch offensichtlich zu gestalten. Aber drei Paragraphen um die Ecke formuliert und schon hat es keiner mitgekriegt. Nun ist es wie immer: Beschlossen ist beschlossen! Bäh!

Und nun hört bitte auf, so zu tun, als glaubt ihr wirklich noch daran, dass das Dienst- und Treueverhältnis etwas Zweiseitiges ist.

**Mit extremen Grüßen Euer Liberator!**



## Mitgliederversammlung der KG LPD ZD Sachsen

Am 25. Januar 2012 fand die diesjährige Mitgliederversammlung der GdP-Kreisgruppe der Landespolizeidirektion Zentrale Dienste statt. Im Mittelpunkt der Versammlung stand eine lebhafte Diskussion und die Abstimmung zu zahlreichen Anträgen und Beschlüssen. Doch der Reihe nach. Nach der Begrüßung durch den Kreisgruppenvorsitzenden Jürgen Scherf und aktuellen Informationen seitens unseres Versicherungspartners Signal Iduna folgte der Tätigkeitsbericht der GdP-Kreisgruppe. Das Jahr 2011 wurde reflektiert. Der Finanzbericht brachte ausschließlich gute Nachrichten für die Kreisgruppe. Die GdP-Gelder wurden satzungsgemäß verwendet und korrekt in den Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen, wie die Kassenprüfung bestätigte.

Auch der Kontostand lässt die GdP-Kreisgruppe zufrieden in das neue Jahr blicken. Nachdem Tätigkeitsbericht und Kassenbericht zugestimmt wurden, folg-

ner gemeinsamen Mitarbeiterinformationen des Finanz- und Innenministeriums dementiert und die Regierungsparteien sprechen in diesem Zusammenhang von böswilligen, ehrverletzenden Lügen. Dennoch wird es, wie die Diskussion zeigte, noch dauern, bis dieser Schock verdaut ist.

Mit den anstehenden Anträgen und Beschlüssen wurden die Grundlagen für die Gewerkschaftsarbeit innerhalb der GdP-Kreisgruppe festgezurr. Hier ging es um Fragen der Mitgliederbetreuung, Finanzen und den Umgang mit Mitgliederdaten. Die Mitgliederversammlung hat hierzu einen Beschluss ge-



Foto: KG LPD ZD

ten die aktuellen Themen der Gewerkschaftsarbeit.

Ganz oben in der Diskussion standen die Gerüchte um eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden und eine Kürzung des Jahresurlaubs um fünf Tage. Dies wurde zwischenzeitlich in ei-

nen entsprechenden Antrag an den Geschäftsführenden Landesvorstand der GdP Sachsen formulieren. Nach fast drei Stunden engagierter Arbeit und Diskussion wurde eine erfolgreiche GdP-Mitgliederversammlung beendet.

*Jürgen Scherf*

### KREISGRUPPE DRESDEN

## Die Seniorengruppe der Kreisgruppe Dresden informiert ihre Mitglieder

### Terminänderung

Unser zentrales Herbstfest der Senioren findet nicht wie geplant am 1. November 2012, sondern am 8. November 2012 im Stammhaus statt.

*Wolfgang Nikol*



## KREISGRUPPE LEIPZIG

# Polizei 2020 – Die Polizeireform aus Sicht der Kreisgruppe Leipzig

Mit dem Beginn des Jahres 2012 geht die Reform 2020 in die heiße Phase über, da nach dem Willen der politisch Verantwortlichen im Freistaat die neue Struktur der sächsischen Polizei bereits zum 1. Januar 2013 eingenommen sein soll, obwohl die Reform 2020 bzw. 2025 heißt.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Sachsen begleitet die Reform von Anfang an sehr kritisch, auch die Sicht der Kreisgruppe Leipzig ist da nicht anders. Eine Reform, die nur wegen eines aberwitzigen Stellenabbaus durchgeführt wird, gefährdet die Innere Sicherheit Sachsens.

Aber auch Beschäftigte der sächsischen Polizei, egal ob Tarifbeschäftigter oder Beamter, werden durch die Reform erneut verunsichert. Gerade hier, wenn zwei Polizeidirektionen zu einer neuen Dienststelle zusammengelegt werden sollen, machen sich die Beschäftigten natürlich Gedanken, wo und auf welchem Dienstposten sie ab obigen Termin Dienst verrichten werden.

Dazu kommt die auch weiterhin enorm hohe Arbeitsbelastung unserer Polizistinnen und Polizisten sowie der Tarifbeschäftigten, ganz besonders in der Hochburg Leipzig, wo die Kriminalitäts- und Einsatzbelastung im Jahr 2011 er-

neut angestiegen ist. Aus dieser Sicht heraus ist der Stellenabbau sofort zu stoppen. Wenn auch Leipzig in den letzten beiden Jahren Personalzuführungen bekommen hat und das Stellensoll angehoben wurde, ist es für uns als Kreisgruppe nicht hinnehmbar, dass dies zu Lasten unserer Kolleginnen und Kollegen der anderen Dienststellen in Sachsen geschehen ist.

Das ist der falsche Weg. Wenn die Decke zu kurz ist, friert man entweder am Kopf oder an den Füßen, dann gibt es nur eine Lösung – eine neue Decke. In dem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass die gegen ihren Willen in Leipzig tätigen Bediensteten eine Chance bekommen müssen, auch wieder heimatnah verwendet zu werden.

Ich verweise nur auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine Verweildauer von zwei Jahren festzulegen, wäre schon ein Lichtblick und auch Motivation.

Gerade die Vertrauensleute aber auch der Vorstand der Kreisgruppe werden täglich mit den Problemen unserer Beschäftigten konfrontiert und versuchen immer wieder Lösungen zu finden, wobei sie auch die Auseinandersetzung nicht scheuen.

Aber auch die vielen anderen sich aus dem Feinkonzept ergebenden Problemfelder, wie z. B. Liegenschaftsprobleme, Rückzug von der Prävention u. a. werden von uns weiterhin sehr kritisch begleitet und wir werden auch nicht nachlassen, auf falsche Entscheidungen hinzuweisen und die Verantwortlichen zu benennen. Weiterhin wollen wir Sorge tragen, dass die Reform mit allen Beschäftigten und für diese transparent durchgeführt wird.

Die Kreisgruppe ist sich bewusst, dass im Zusammenhang mit dieser Reform die Mitglieder eine sehr hohe Erwartungshaltung an ihre Gewerkschaft haben und wird alles in ihren Kräften stehende tun, diese zu erfüllen.

Da die Kreisgruppe auch den gesamten Personalrat der Polizeidirektion Leipzig stellt, erhöht sich die Verantwortung den Beschäftigten gegenüber noch mehr.

Dass als Dankeschön im Zuge einer solchen Reform und der fortwährenden Belastung auch noch eine nach wie vor fehlende Leistungsanerkennung hinzukommt, sei auch nochmals erwähnt. Stattdessen streicht man uns lieber die Sonderzahlung. Aber auch das wird die GdP nicht kampflos hinnehmen!

*Eckehard Goudschmid*

## KREISGRUPPE CHEMNITZ-ERZGEBIRGE

## Information über den Ausflug der Seniorengruppe Chemnitz-Erzgebirge!



**Termin:** 8. Mai 2012

**Treffpunkt:** 8.20 Uhr Chemnitz Hauptbahnhof/Lichthalle vor der Buchhandlung

**Abfahrt:** 8.36 Uhr (eventuelle Fahrplanänderungen bei der DB beachten) bis Bahnhof Annaberg-Buchholz – Unterer Bahnhof

In Annaberg besuchen wir die „Manufaktur der Träume“, anschließend ist das Mittagessen im Ratskeller „Zum Neinerlaa“ geplant. Danach steht Zeit für die in-

dividuelle Gestaltung zur Verfügung (zum Beispiel: Annenkirche, Adam-Ries-Museum oder Stadtrundgang).

Die Rückfahrt erfolgt ab Bahnhof Annaberg-Buchholz – Unterer Bahnhof

**Abfahrtszeit:** 15.10 Uhr oder 16.10 Uhr nach Absprache in der Reisegruppe.

**Termin:** Teilnahmemeldung müssen bis 15. April 2012 an Peter Geserick, Tel. 03 71/7 17 16 oder an die Kreisgruppe der GdP in Chemnitz unter Tel. 03 71/ 3 87 20 51 gerichtet werden. **Peter Geserick**



## Sie ist immer noch dabei und gehört dazu

Im 25. Jahr des Bestehens der Seniorengruppe in der GdP zieht man allgemein Bilanz und gedenkt besonderer Höhepunkte, Ereignisse und Persönlichkeiten. Eine solche ist Käthe Brendel. Sie wurde am 26. 2. 1917 geboren und vollendete im Februar ihr 95. Lebensjahr. Einige von uns werden sich noch an den Artikel erinnern, den vor nun schon acht Jahren unser Kollege Siegfried Böttinger für den Landesteil der Deutschen Polizei verfasste. Hier einige Abschnitte ihres Werdeganges.

Im Jahr 1948 bewarb sie sich bei der Volkspolizei und sorgte als Verkehrspolizistin dafür, dass der Verkehr auf den Straßen auch richtig funktionierte. Später war sie bis zum Renteneintritt in der Nachrichtenstelle des damaligen VPKA Freital tätig. Sie war bis 1989 in der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane organisiert und stellte mit der Gründung der Gewerkschaft der Volkspolizei den Antrag auf Übernahme. Auf eine mehr als 75-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit kann sie nun zurückblicken.

An der Gewerkschaftsarbeit in der Seniorengruppe der Kreisgruppe Dresden-Stadt beteiligte sie sich von Anfang an, war ihr doch hier die Möglichkeit gege-



**Käthe Brendel nimmt die Glückwünsche von Wolfgang Nikol entgegen.**

ben, „alte“ Kolleginnen und Kollegen wiederzusehen.

Weder bei den monatlichen Treffs in der damaligen Stadtbezirksgruppe Süd/West, der sie auf Grund des Wohnortprinzips zugehörte, noch zu den etwas später, seit nunmehr 16 Jahren stattfindenden Herbstfesten der Senioren, wollte sie fehlen.

Dank der Hilfe ihrer Kinder, die heute auch schon das Seniorenalter erreicht haben und der freundlichen Unterstützung

der Kollegen der Seniorengruppe war es immer möglich, an diesen Seniorenentreffs teilzunehmen. Kein strenger Winter, keine große Hitze hielten sie ab, gemeinsam mit ihrem Mann an fast allen Veranstaltungen teilzunehmen. Nur einmal, vor zwei Jahren, konnte Käthe aufgrund einer Erkrankung am Herbstfest nicht teilnehmen.

Um so mehr freuten sich die alten Kolleginnen und Kollegen, dass Käthe Brendel im letzten Jahr wiederum vom Kreisgruppenvorsitzenden Peter Fink zu unserer Veranstaltung begrüßt und mit einem Blumengruß beglückt wurde. Eine lückenlose Betreuung durch die Betreuer Achim Lotter und seit vier Jahren durch Klaus Heinig sowie der regelmäßige persönliche Geburtstagsglückwunsch durch den Landesvorsitzenden der Senioren trugen zu dem herzlichen Verhältnis, welches Käthe noch enger an uns bindet, bei.

Ich wünsche mir und Käthe, dass wir auch in fünf Jahren unserem landesweit ältesten Gewerkschaftsmitglied bei guter Gesundheit Glückwünsche überbringen können.

**Wolfgang Nikol**

## KREISGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI DRESDEN

### 7. GdP-Preisskat



**Wann:** 27. März 2012

**Zeit:** 16.00 Uhr

**Wo?** 1. BPA Dresden, Raum 2.68

**Wer?** Alle Skatfreunde sind dazu herzlich eingeladen.

**Teilnahmegebühr:** 2,00 €

Gespielt wird in zwei Runden zu je 36 Spielen am Vierertisch bzw. 27 Spiele am Dreiertisch. Die Tischplätze werden ausgelost. Gespielt wird nach der Skatwettbewerbordnung.

Als Wettkampfleiter konnten wir wiederum unseren Senior Hans Wedemeyer gewinnen. Es winken wertvolle Preise, ausgelobt durch die GdP-Kreisgruppe der Bereitschaftspolizei Dresden.

Ein kleiner Imbiss und Getränke werden bereitgestellt (für GdP-Mitglieder gratis, sonst zum Selbstkostenpreis).

Interessenten melden sich bitte bis zum 26. März 2012 per Telefon oder

E-Mail oder gern auch persönlich bei folgenden Kollegen: Frank Karg, Tel. 03 51/8 19 7 3 04, LIK 716 304 oder Steffen Weiss, Tel. 03 51/8 19 72 31, LIK 716 231)

Aus organisatorischen Gründen ist eine Meldung am Spieltag leider nicht möglich.

**Gut Blatt!  
F. Schellenberger**



# Sorgen in allen Bundesländern gesunken – Naturkatastrophen im Fokus – Teil 1

**Bürger in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern bleiben am ängstlichsten – glückliches Trio: Am optimistischsten sind die Deutschen in Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen**

Naturkatastrophen und steigende Preise: So heißen die beiden Top-Ängste in allen Bundesländern – mit einer einzigen Ausnahme. „In Schleswig-Holstein und Hamburg ist die größte Sorge, dass die Politiker mit ihren Aufgaben überfordert sein könnten“, sagt Rita Jakli, Leiterin des Infocenters der R+V-Versicherung, auf der Pressekonferenz „Die Ängste der Deutschen 2011“ in Berlin.

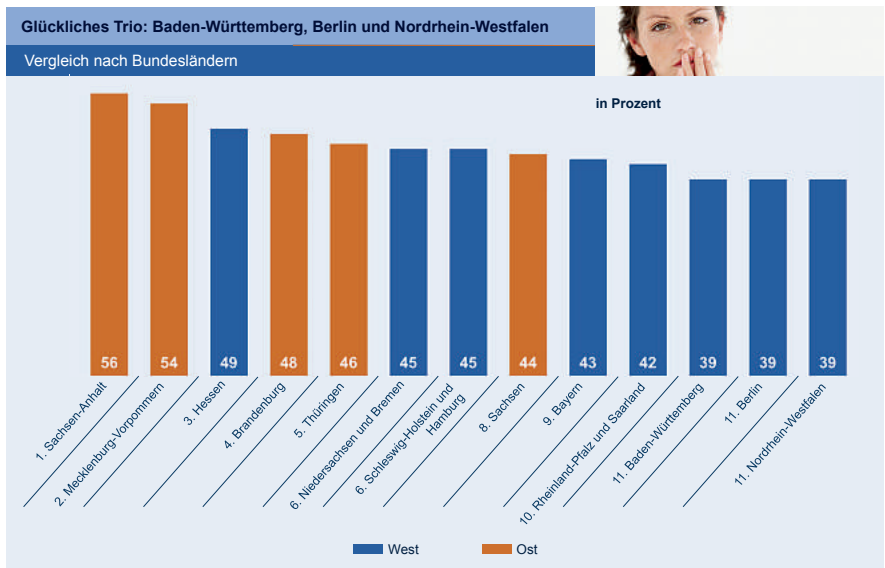
Insgesamt sind in allen Bundesländern die Sorgen zurückgegangen. Die geringsten Sorgen machten sich in 2011 die Menschen in Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Die ängstlichsten Deutschen lebten wie im Vorjahr in Sachsen-Anhalt, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern und Hessen.

**Die Ängste der Deutschen: Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer**  
(in alphabetischer Reihenfolge)

**Baden-Württemberg (Platz 11):** Deutlich weniger Sorgen: In Baden-Württemberg ist die durchschnittliche Angst um 11 Prozentpunkte gesunken. Sie liegt mit 39 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt (43 Prozent). Damit gehören die Menschen hier zusammen mit den Berlinern und den Menschen in Nordrhein-Westfalen zu den optimistischsten Deutschen. An der Reihenfolge der größten Ängste hat sich in Baden-Württemberg nichts geändert. Das wichtigste Thema bleibt die Naturkatastrophen (67 Prozent) – nur in Brandenburg ist diese Sorge noch größer. 58 Prozent der Baden-Württemberger befürchten zudem, die Politiker könnten von ihren Aufgaben überfordert sein (Platz 2). Die Furcht vor steigenden Preisen – bundesweit Platz 1 – folgt erst danach mit 56 Prozent. Interessant: In keinem anderen Bundesland ist die Angst vor Arbeitslosigkeit niedriger als in Baden-Württemberg (27 Prozent). Dasselbe gilt für weitere wirtschaftliche Themen wie Verschlechterung der Wirtschaftslage (40 Prozent) und geringerer

Die Ängste der Deutschen 2011

Infocenter der R+V Versicherung



Quelle: R+V-Studie

Lebensstandard im Alter (32 Prozent) sowie für die Angst vor einer schweren Erkrankung (40 Prozent) und vor Straftaten (20 Prozent).

**Bayern (Platz 9):** In Bayern sind die Ängste nur mäßig gesunken (minus 4 Prozentpunkte). Das bedeutet im Bundesländervergleich: Sie sind nicht mehr die optimistischsten Deutschen wie 2010, sondern liegen mit 43 Prozent genau im Bundesdurchschnitt – Platz 9. Wie im vergangenen Jahr gilt die größte Angst den steigenden Lebenshaltungskosten (64 Prozent). Genauso hoch ist die Furcht vor Naturkatastrophen, die gegenüber 2010 um 4 Prozentpunkte gestiegen ist – damit liegen die Bayern bei dieser Angst auf Platz 3 im Vergleich der Bundesländer. Auffällig ist zudem, dass die Furcht vor terroristischen Anschlägen von 47 auf 56 Prozent gestiegen ist und jetzt auf Platz 4 der bayerischen Ängste-Skala liegt.

**Berlin (Platz 11):** Kurz vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus blickten die Berliner vergleichsweise entspannt in die Zukunft: Zusammen mit Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ist Berlin das optimistischste Bundesland der diesjährigen Studie. Dabei sind in der Hauptstadt vor allem die Top-Ängste

von 2010 deutlich zurückgegangen. Die Angst vor steigenden Preisen belegt zwar immer noch den Spitzenplatz – aber mit einem um 12 Prozentpunkte niedrigeren Wert (64 Prozent). Die Angst vor einer schlechteren Wirtschaftslage hat gegenüber dem Vorjahr sogar um 30 Prozentpunkte abgenommen (auf 46 Prozent), die Sorge um einen sinkenden Lebensstandard im Alter um 24 Prozentpunkte (auf 37 Prozent). Hinzu kommt: In keinem anderen Bundesland fürchten sich die Bürger weniger vor dem Verlust ihres eigenen Arbeitsplatzes (22 Prozent). Am wenigsten Angst von allen Deutschen haben die Berliner auch davor, im Alter zum Pflegefall zu werden (51 Prozent), vor Naturkatastrophen (50 Prozent) und vor einem Krieg mit deutscher Beteiligung (28 Prozent). Größere Sorgen machen sich die Berliner Eltern um ihre Kinder: 33 Prozent der Befragten befürchten, dass ihre Kinder drogen- oder alkoholsüchtig werden könnten (plus 13 Prozentpunkte).

Fortsetzung in der April-Ausgabe





# Stellenentwicklung der Polizei in ...

## ... Sachsen

Im Freistaat Sachsen sollen im öffentlichen Dienst ca. 17 000 Stellen bis zum Jahr 2020 abgebaut werden. Die Anzahl aller Polizeibeschäftigten (Beamte und Tarifbeschäftigte) im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen ist aus der Sicht der Staatsregierung anzugleichen. Das zeugt von einer Abkehr von der bisherigen Sicherheitskonzeption. So waren im Stellen-Soll im Jahr 1991 laut Haushaltsplan 12 652 Polizeibeschäftigte bei einer Bevölkerung von 4,77 Mio. Einwohnern im Dienst des Freistaates. In den Jahren 2004/2005 standen demgegenüber bei einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung auf damals 4,29 Mio. Einwohner 15 286 Stellen. Ausbildungsstellen sind dabei unberücksichtigt.

Obwohl die Aufgaben der sächsischen Polizei nicht weniger und unkomplizierter werden, ist derzeit die Vorgabe einer künftigen Polizeistärke anhand von kuriosen Vergleichen, z. B. der Polizeidichte, politisch bestimmt. So wurde im Rahmen des Projekts „Polizei.Sachsen.2020“ im Jahr 2011 ein Feinkonzept der Öffentlichkeit vorgestellt.

Von 2005 bis 2011 wurden bereits 2000 Stellen abgebaut. Nun sollen weitere 2000 Stellen gestrichen werden. So sollen nach dem Willen der derzeitigen schwarz-gelben Regierung im Jahr 2020/2022 ggf. auch erst im Jahr 2025 (so genau weiß man es wohl nicht) noch 11 280 Stellen für die sächsische Polizei zur Verfügung stehen. Die Entwicklung stellt sich seit dem Jahr 2004 wie folgt dar:

Jahr	Gesamt (Polizei/Verwaltung und Service)
2004	15 286 (12 340/2946)
2008	14 572 (12 261/2311)
2010	13 991 (11 524/2367)
2011	13 497 (11 195/2302)
2012	13 274 (10 979/2295)
2022	11 280 (9650/1630)

Diese Entwicklung muss gestoppt werden. **Torsten Scheller**

## ... Sachsen Anhalt

In Sachsen-Anhalt entwickelt sich der Personalbestand des Landes nur in eine Richtung, nach unten. Laut Personalentwicklungskonzept (PEK) 2011 soll der Stellenbestand bis 2020 von jetzt 52 000 auf 41 000 Stellen abgesenkt werden. Auch die Polizei soll ihren Beitrag dazu leisten und die Zahl der Beschäftigten von jetzt 8500 auf knapp 5800 verringern, davon 1800 Vollzugsstellen und 900 Verwaltungsstellen.

Der Bedarfsbemessung im Bereich des Polizeivollzuges liegt dabei wie in den Vorjahren auch ein einwohnerbezogener Vergleich der Personalausstattung (Polizeidichte) zugrunde. Die von der GdP in großer Regelmäßigkeit geforderte belastungsorientierte Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes ist auch im Jahre 2011 nicht erfolgt. Mangels einheitlicher, auf der Ebene der Fachminister abgestimmter Kriterien ist ein weiterführender Ländervergleich anhand belastungsorientierter Faktoren weiterhin nicht möglich, so die Aussage im PEK.

Das sicherlich lobenswerte Ziel des PEK, den Personalbestand des Landes auf 19 Vollzeitäquivalente je 1000 Einwohner zu reduzieren und damit anderen Flächenländern anzupassen, erscheint in der Praxis als nicht handelbar. Derzeit gibt es diverse Optimierungsoptionen und Zentralisierungsmöglichkeiten werden geprüft. Es gilt die Polizei lebens- und zukunftsfähig zu gestalten.

Dabei müssen wir als GdP insbesondere die Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen im Auge behalten. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit und Ordnung auf immer weniger Schultern abzuwälzen ist ein unhaltbarer Zustand. Die Arbeitsverdichtung innerhalb der Polizei hat schon jetzt dramatische Folgen. Die deutlich über dem Durchschnitt liegende Krankenrate ist nur eine davon. Die gesundheitlichen Belastungen sind enorm und sollten noch stärker in den Fokus unserer Beachtung rücken.

**Guido Steinert**

## ... Thüringen

Die Diskussion über die Stellenentwicklung der Thüringer Polizei beschäftigt regelmäßig den Thüringer Landtag. Wegen des demografischen Wandels, sprich Bevölkerungsrückgangs, wurde dem öffentlichen Dienst in Thüringen ein Stellenabbauprogramm verordnet. 2005 hatte die damalige Landesregierung beschlossen, 7400 Stellen einzusparen. Davon sind per 31. 12. 2011 bereits 4213 abgebaut. Nun sollen bis 2020 insgesamt noch 8635 Stellen abgebaut werden.

Die Thüringer Polizei wurde seit 2004 um insgesamt 745 Stellen reduziert und soll in den kommenden acht Jahren nochmals um 924 Stellen verkleinert werden. Sie verliert damit rund 20 Prozent ihrer Beschäftigten, obwohl der Bevölkerungsrückgang nur 14 Prozent betragen soll. 15 Jahre lang werden z. B. keine Tarifbeschäftigten eingestellt. Neben dem Bevölkerungsrückgang will die Landesregierung erklärtermaßen „das Verhältnis von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Bevölkerung an das der Flächenländer West anpassen“.

Landtag und Landesregierung verkennen dabei offensichtlich, dass der Verwaltungsaufwand eines kleinen Flächenlandes im Verhältnis zu dem eines großen Flächenlandes höher ist, verweigern sich aber einer Diskussion über Länderfusionen. Sie müssten auch sofort um den Verlust von Einfluss und Pfründen fürchten. Die Polizei hätte bei einer Länderfusion weit weniger zu verlieren.

Sichtbarer Ausdruck des Stellenabbauprogramms ist die inzwischen in der Umsetzungsphase befindliche Polizeistrukturreform. „Unter dem Eindruck der schwierigen Haushaltssituation sowie der Demografie und der Personalentwicklung wurde der Behördenaufbau zu Bündelungszwecken um eine Hierarchieebene erweitert, um eine effektive und effiziente Aufgabenwahrnehmung zu gewährleisten“, heißt es in der Dienstvereinbarung zur personellen Umsetzung.

**Edgar Große**

